

DIE JOBCENTER PERSONALRÄTE !

An die
Bundesministerin für Arbeit und Soziales
Frau Bärbel Bas
und den
Bundesminister der Finanzen
Herrn Lars Klingbeil

(Nur per E-Mail)

Nachrichtlich:

Abgeordnete der Ausschüsse
Arbeit und Soziales und
Finanzen

Bundesagentur für Arbeit
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städtetag
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen:
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Moritz Duncker

Durchwahl:

E-Mail:

Datum: 23.06.2025

Globalbudget der Jobcenter (gE) - Handlungsfähigkeit nicht mehr gegeben

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bas,
sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

zunächst möchten wir Sie ausdrücklich zur Ernennung in Ihre äußerst verantwortungsvollen Ämter beglückwünschen! Wir hoffen auf eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Teilhabe am Erwerbsleben und der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben - somit dem sozio-kulturellen Existenzminimum und dem sozialen Frieden - und natürlich nicht zuletzt der damit leidenschaftlich und fachkundig engagierten Beschäftigten der Jobcenter.

Im Laufe dieser Woche beabsichtigen Sie, einen Haushaltsentwurf (auch) für den Einzelplan 11 in das Kabinett einzubringen. Dazu möchten wir dringendst einige Parameter zu bedenken geben:

Globalbudget der Jobcenter (Bund):

- Ist-Ausgaben 2022:	9.99 Mrd. Euro
- Ist-Ausgaben 2023:	10.13 Mrd. Euro
- Soll-Ausgaben 2024:	10.55 Mrd. Euro
- Bedarfsgemeinschaften Ø:	
➤ 2022:	~2.8 Mio.
➤ 2023:	~2.9 Mio.
➤ 2024:	~2.9 Mio.
➤ 2025:	~2.9 Mio.
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte Ø:	
➤ 2022:	~3.7 Mio.
➤ 2023:	~3.9 Mio.
➤ 2024:	~4.0 Mio.
➤ 2025:	~4.0 Mio.

- Soll-Ausgaben 2025 (Kabinettsbeschluss der ehemaligen Regierung):

8.95 Mrd. Euro

Wohlwollend könnten der aktuellen Soll-Ausstattung 350 Mio. Euro an Ausgaberesten anderer Ressorts und 900 Mio. für die Förderung beruflicher Weiterbildung, die (nicht unwahrscheinlich verfassungswidrig und) für alle aufwandstreibend in den Beitragshaushalt der Sozialversicherung verschoben wurden, gegengerechnet werden. Diese *Querfinanzierung* der Förderung der beruflichen Weiterbildung durch versicherungsfremde Ausgaben, welche auf rein haushälterische Nöte zurückzuführen und weder fachlich noch unter Gesichtspunkten des Bürokratierückbaus und der Bürgerfreundlichkeit zielführend ist, muss dringend beendet werden.

Seit 2022 waren wir mit extremen Inflationsraten und insbesondere Kostensteigerungen im Bereich Personalkosten, Infrastruktur, IT und Maßnahmeeinkauf konfrontiert. Die reale finanzielle Lage der Jobcenter ist daher weit prekärer als die nominale. Die geopolitischen, konjunkturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deuten auf wachsende Zahlen der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit hin. Obendrein sind Qualifizierung und Ausbildung der Leistungsberechtigten (fachlich und sprachlich) nach wie vor dringend notwendig.

Folgen der extremen Unterfinanzierung:

- Extreme Umschichtungen aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungskostentitel
- Massive Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
- Druck der Träger, die Betreuungsrelationen zu verschlechtern
- Desksharing-Modelle zu Ungunsten der Beschäftigten und erzwungenes „Homeoffice“
- Standortschließungen
- Stellenkürzungen
- Nicht mehr hinnehmbarer Druck auf die Beschäftigten und eine Gefährdung deren Gesundheit
- Völlig unzureichende Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten
- Erodieren der Landschaft der Maßnahmeträger (längst nicht mehr nur im ländlichen Raum)

Die vorläufige Haushaltsführung verschärft die Probleme massiv. Medienwirksam werden aus Ihrer Koalition Einsparungen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende von bis zu 10 Mrd. Euro propagiert. Mit den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen und der desolaten Finanzausstattung ist angesichts der Lage am Arbeitsmarkt mit Gegenteiligem zu rechnen. Die Beschäftigten der Jobcenter sind gerne bereit, dies zu ändern - wenn man sie nur lässt.

Wir appellieren eindringlich: Statten Sie die Jobcenter endlich und zeitnah finanziell adäquat aus, wie es in Ihrem Koalitionsvertrag als Absichtserklärung dankenswert festgehalten ist. Dazu sind gegenüber dem Kabinettsbeschluss Ihrer Vorgängerregierung mindestens 2 Mrd. Euro (zuzüglich der Kosten für die berufliche Weiterbildung) mehr notwendig - langfristig irreparable Schäden für den Sozialstaat sind die nicht hinnehmbare Alternative.

Hochachtungsvoll



(Moritz Duncker, Vorsitzender)